

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Anzeigenpreis:

a) im Anzeigenteil.
Die Seite 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige

b) im Reklameteil.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Aufschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.

Calwer Tagblatt

Bezugspreise:

In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprecher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 73

Samstag, den 28. März 1925.

99. Jahrgang.

Der Wahlkampf vor der Entscheidung.

Dr. Jarres in Mannheim.

Berlin, 27. März. Der „Tag“ meldet aus Mannheim: Im Nebenwahlkampf fand gestern eine Kundgebung des Reichsbundes statt, obwohl der Arzt Dr. Jarres wegen eines Grippeanfalles das Sprechen verboten hatte, erfüllte Dr. Jarres seine eingegangenen Verpflichtungen. Er führte u. a. aus: Mein Gruß gilt Mannheim, das mit Duisburg durch so viel wirtschaftliche Fäden verbunden ist. Mein Gruß geht aber auch hinaus über den Rhein. Alljährlich wäre ich dem Ruf aus der Pfalz gefolgt und hätte dort den treuen Volksgenossen gegenüberstanden, die vielleicht am schwersten von allen in den besetzten Gebieten gelitten haben. Die Pfalz bleibt ein Vorbild im Kampf um die deutsche Sache. Heißen Dank namens des deutschen Volkes unseren Brüdern in der Pfalz, die in deutscher Treue auch weiter fest bleiben werden. Und über die Pfalz hinaus geht mein Gruß in das Saargebiet. Wir wissen alle, daß wir uns in zehn Jahren auf die Treue der Saarländer verlassen können und daß sie uns dann erneut ein Beispiel deutschen Sinnes geben werden. Wir haben einen schweren Kampf zu kämpfen um unsere Staatlichkeit und um unsere staatsbürgerlichen Rechte. Der Redner schloß mit den Worten: Wir wollen dem Vaterlande geben was wir haben, denn wir glauben, daß es wieder hochkommen wird und wieder hochkommen muß. Der Vorsitzende der deutschen Volkspartei der Pfalz, Abg. Bürger-Ludwigshafen, brachte den Dank der Pfälzer zum Ausdruck.

Dr. Jarres erkrankt.

Köln, 28. März. In einer vom Reichsbund veranstalteten Versammlung in der großen Messehalle sollte gestern der Reichspräsidentenwahlkandidat Dr. Jarres sprechen. Dr. Jarres teilte jedoch mit, daß er zu seinem außerordentlichen Bedauern wegen einer schweren Grippe und starker Heiserkeit nicht in der Lage sei, längere Ausführungen zu machen.

Köln, 28. März. Wie die Tel.-Union erfährt, muß Oberbürgermeister Dr. Jarres auf ärztliche Anordnung seine Teilnahme an den für heute vorgesehenen Veranstaltungen in Erfurt und Leipzig ab sagen.

Keine Kandidatur Held im 2. Wahlgang.

Berlin, 28. März. Die „Zeit“ meldet aus München: Die Blättermeldungen, wonach Ministerpräsident Dr. Held auch im zweiten Wahlgang als Kandidat der Bayerischen Volkspartei aufgestellt werden soll, beruht, wie von amtlichen bayrischen Pressestellen mitgeteilt wird, auf Kombinationen.

Eine Wahlrede des früheren Reichskanzlers Hermann Müller für Braun.

Stuttgart, 28. März. Reichskanzler a. D. Hermann Müller hielt in der Liederhalle eine Wahlrede, worin er etwa folgendes ausführt: Neben Parteikandidaten für die Reichspräsidentenwahl wird auch ein überparteilicher Kandidat empfohlen: Herr Jarres. Er ist vom jenen Reichsbund aufgestellt worden, in dem die Rechtsparteien das große Wort reden. Wie es mit der „Neberparteilichkeit“ des Reichsbundes bestellt ist, geht aus einer Festsprechung des deutschnationalen Grafen Westarp hervor, der zur Reichspräsidentenwahl erklärt hat: Worauf es ankommt, ist die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern, und darüber hinaus ist es notwendig, überhaupt die Wahl eines Angehörigen der Weimarer Koalition zu verhindern. Hier zeigt es sich, wohin die Reise gehen soll: Daß diese Neberparteilichkeit ein Schwundel ist, daß zwar Jarres parteipolitisch nicht ganz gebunden ist, daß er, der gewiegte Oberbürgermeister, aber den Bräutigam bildet zum alten System. Dem Reichsbund unterstehen alle möglichen Leute. J. B. die Follwüchser vom Land und die Schwerindustriellen. Um es kurz zu sagen: den Aufwuchs für Jarres haben unterzeichnet die Spitzenvertreter aller derjenigen Schichten, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue, unerfüllte Pflichten aufbürden wollen. Persönlich ist Jarres gewiß ein anständiger Mann. Aber auf diesem Posten genügt Anständigkeit allein nicht. Es fehlt ihm zum großen Politiker und Staatsmann so ziemlich alles. 1923, wo es sich darum handelte, das Letzte zu retten, hat Jarres politisch völlig den Kopf verloren, was an sich vielleicht nicht das Schlimmste gewesen wäre. Aber wir hätten auch das Rheinland verloren, wenn es damals nach den hofflosen Plänen des Herrn Jarres gegangen wäre. Fast 39 Millionen Wähler und Wählerinnen haben am Sonntag über die Nachfolge Eberts zu entscheiden. Sie müssen sich dessen bewusst sein, worauf es bei dieser Wahl ankommt. Der Reichspräsident vertritt das Reich nach außen und muß in der Innenpolitik oft einschneidende Maßnahmen treffen. Wir haben als Kandidaten Otto Braun aufgestellt, der in enger Fühlung mit Fritz Ebert jahrelang an der Spitze des größten deutschen Staates gestanden hat. Unter seiner Führung hat sich

der preussische Staat stets behauptet, an dem sich die Stürme von links und rechts zerbrachen haben. Wenn Preußen nicht dieser in sich gefestigte Staat gewesen wäre, wer weiß, wie sich die Geschichte der letzten Jahre gestaltet hätte! Auch wir bedauern die große Zahl der Kandidaten, die von der parteilichen und selbständigen Zersplitterung Deutschlands kommt. Wir gehen mit guter Zuversicht in diesen Kampf hinein. Dank der Tätigkeit Eberts hat sich in den letzten sechs Jahren eine republikanische Tradition herausgebildet. Deshalb nehmen die bürgerlichen Sammelpolitiker auch die Kandidatur Braun so ernst. Man soll sich von der Wahl am Sonntag nicht durch den Hinweis auf einen notwendig werdenden zweiten Wahlgang abhalten lassen; denn das Ergebnis des ersten Wahlganges wird entscheidend sein für eine etwa notwendig werdende zweite Wahl. Jeder Mann und Frau, muß also zur Wahlrunde gehen. Wir können aus der Wahl am Sonntag nur als Sieger hervorgehen, wenn alle Angehörigen des arbeitenden Volkes aus Stadt und Land ihre Pflicht tun.

Die Sparer gegen Jarres.

Berlin, 27. März. Die Sozialdemokraten sollen, wie das „Nächste-Abendblatt“ erfahren haben will, den Wunsch haben, eine Besprechung der Aufwertungsentwürfe im Reichstag bereits am Dienstag zu erzwingen. Inzwischen machen die Organisationen der Aufwertungsanhänger, an ihrer Spitze der Hypothekengläubiger- und Sparerklubverband für das Deutsche Reich, gegen die Regierungsvorlagen bereits mobil. Allen Parteien wird „Kampf“ ausgesetzt. Der Vorstand des Berliner Sparerverbandes der Sparer und Hypothekengläubiger oder erklärt eine geharnischte Erklärung gegen Jarres, die mit dem Satz schließt: „Seine Kandidatur ist ein Schlag ins Gesicht der Sparer.“

Kommunistische Wahlagitator.

Berlin, 28. März. Den Abschluß der Hauptversammlungen der großen politischen Parteien bildete gestern ein internationales Massenmeeting der Kommunisten im Sportpalast. Es sprachen u. a. der englische Kommunist Baughan und der französische Kommunist Boos, die beide mit einem Hoch auf die Weltrevolution schloßen. Dann begann Ernst Thälmann seine Wahlrede, worin er u. a. die ablehnende Haltung der Kommunisten gegenüber dem Dawesabkommen begründete und die Sozialdemokratie als Verräterin am Proletariat verurteilte. Nach dem gemeinsamen Gesang der Internationale verließen die Massen mit ihren Fahnen langsam den Saal. Durch den Abmarsch wurde der Straßend Verkehr stark behindert, doch sind nennenswerte Zwischenfälle nicht vorgekommen.

Ausbreitungen im Wahlkampf.

Berlin, 27. März. In verschiedenen Stellen Groß-Berlins folgten gestern abend wieder Zusammenkünfte zwischen meist jugendlichen Kommunisten und Mitgliedern des Bismarckbundes. Mehrere Beteiligte wurden festgenommen. In einem Falle wurden auch zwei Personen, darunter eine erheblicher, verletzt. Im Nordwesten Berlins entstand eine Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, an der etwa je 100 Personen beteiligt waren und bei der mehrere Reichsbannerleute verletzt wurden. Die Polizei zerstreute schließlich die Demonstranten.

Paris in Erwartung.

Paris, 27. März. Ganz Paris erwartet gespannt den Ausgang der deutschen Präsidentenwahlen. Man ist der Ueberzeugung, daß Dr. Jarres im ersten Wahlgang gewählt werden wird. Die endgültige Entscheidung werde, wie der „Temps“ glaubt, erst im zweiten Wahlgang fallen, wo sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur zwei Kandidaten gegenüberfinden werden. Zu den 10 Millionen Stimmen, die für Jarres sicher seien, kämen dann noch zwei bis drei Millionen Stimmen der Nationalsozialisten und der Bayerischen Volkspartei hinzu. Der Reichsbund werde also automatisch verwirklicht, während der Linksbund immer mehr problematisch erscheine, da die Sozialisten, die für Braun acht Millionen Stimmen erwarteten, sich einer Sammelkandidatur nicht unterwerfen wollten. Das Blatt richtet heftige Angriffe gegen die deutschen Sozialisten, die die Hauptschuld an der Zersplitterung der republikanischen Kräfte trügen. Sie nähmen hartnäckig einen der Ihren als Erben Eberts in Anspruch und überjähren dabei, daß sich die innerpolitische Lage in Deutschland seit 1919 von Grund auf geändert habe. Der Temps verübelt Dr. Jarres die Festsprechung, daß die Zeiten Bismarcks zurückzukehren müßten. Jarres übertrage also Stresemann, der es dabei bewenden lassen wolle, zwischen Vergangenheit und Gegenwart eine moralische Brücke zu schlagen.

Um den deutschen Sicherheitspakt.

Frankreichs Anfragen in Brüssel und Rom.

Paris, 27. März. Der Berliner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ behauptet, daß gestern zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem französischen Botschafter de Marguerie eine Unterredung stattgefunden habe, wobei letzterer mitteilte,

daß die Verhandlungen unter den Alliierten wegen der deutschen Sicherheitsvorschlüge bedeutende Fortschritte gemacht hätten, daß der Ministerpräsident nunmehr bereit wäre, offiziell die deutschen Vorschläge in Erwägung zu ziehen.

Der „Petit Parisien“ behauptet, daß man jetzt von Deutschland

eine neue Denkschrift erwarte, worin die bisher nur etwas oberflächlichen Sicherheitsverträge genauer gefaßt sein würden. Insbesondere würde Deutschland Mittelungen machen, wie es sich die künftigen Schiedsgerichte vorstelle, und wie es möglich wäre, mit allen Nachbarn zu einem Einvernehmen zu gelangen. Ferner würde Deutschland mitteilen, daß es bereit wäre, eigene Schiedsgerichtsverträge mit allen alliierten Ländern, die an Deutschland grenzen, abzuschließen. Auf der deutschen Botschaft in Paris konnte der „Petit Parisien“ keine Bestätigung, aber auch kein Dementi seiner Mitteilungen erhalten, und auf dem Quai d'Orsay wußte man ebenfalls nicht, ob eine solche Denkschrift von Deutschland zu erwarten ist.

De Neuhaus dürfte für heute eine Besprechung mit Chamberlain wegen der an Deutschland zu stellenden Anfragen haben. Zwischen Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei

Tages-Spiegel.

Hinsichtlich der deutschen Präsidentschaftswahl beobachtet die englische Presse ein auffallendes absichtliches Stillschweigen.

Im Unterausschuß der deutsch-französischen Handelsvertragsdelegationen wurden gestern die Erörterungen über die Zolltariffrage fortgesetzt.

In Paris sind die deutschen Vertreter in Unterhandlungen mit der Botschafterkonferenz eingetreten bezüglich der Erhaltung der Zeppelinwerft in Friedrichshafen.

Die von der Reichsregierung veröffentlichte Aufwertungsvoilage, die hinter den Besprechungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zurückbleibt, hat in den Kreisen der Sparer große Enttäuschung hervorgerufen.

Ein schweres Grabungslück ereignete sich in Merlebach bei Koblenz (Rhein). Nach bisherigen Feststellungen sind 50 Opfer zu beklagen.

Sind bereits in den letzten Tagen Vereinbarungen wegen einer gemeinsamen Haltung dem deutschen Sicherheitspakt gegenüber getroffen worden, und nunmehr richtet das französische Kabinett an die belgische und italienische Regierung die Bitte, ihre Ansprachen über die Sicherheitsfrage zu äußern.

Die Verhandlungen mit London würden erst dann in ein entscheidendes Stadium treten, wenn Rom und Brüssel ihre Antworten nach Paris gelangt haben werden.

Erst in diesem Augenblick scheint man, wenn der „Petit Parisien“ gut unterrichtet ist, daran zu denken, mit Deutschland in Verbindung zu treten, zumal bis dahin eine offizielle Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage des Eintritts in den Völkerbund erwartet wird. Man erwartet, einer Londoner Reutermeldung zufolge, in etwa vierzehn Tagen die Antwort, die Deutschland an den Völkerbund richten wird, und aus der man erkennen wird, ob Deutschland entschlossen sei, ohne Vorbehalte der Genfer Vereinigung beizutreten.

Kein neues Memorandum der Reichsregierung in der Sicherheitsfrage.

Berlin, 27. März. In verschiedenen Pressemeldungen ist von einem neuen Memorandum der Reichsregierung in der Sicherheitsfrage die Rede. Wie wir von uninteressierter Seite hören, sind diese Meldungen unzutreffend. Den alliierten Regierungen ist ein neues deutsches Memorandum in dieser Angelegenheit nicht überreicht worden. Auch beabsichtigt die Reichsregierung die Ueberreichung eines solchen Memorandums zur Zeit nicht.

Beneß über die Garantiefrage.

Prag, 27. März. Das „Prager Tagblatt“ veröffentlicht die Stellungnahme des Außenministers Beneß in der Frage des Garantiepaktes. Beneß erklärt, es werde notwendig sein, in den mit Deutschland abzuschließenden Garantiepakt eine Formel aufzunehmen, nach der die bei dem Anschlag betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages aufrecht erhalten bleiben. Sobald Deutschland wieder in das wirtschaftliche und politische Leben Europas eintritt, und Mitglied des Völkerbunds ist, werde es mit seinen 65 Millionen Einwohnern und seiner wirtschaftlichen Macht ein so starker Faktor im europäischen Leben werden, daß seine Nachbarn seinen Druck verspüren werden. Mit Oesterreich zusammen würde dieser Druck nur noch verstärkt werden. Diese Tatsache sei so ausschlaggebend, daß der Anschlag Oesterreichs an Deutschland außer Polen, als den gegenwärtigen Gegner Deutschlands, auch die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, Italien, Frankreich und Belgien als Gegner finden muß.

Verhandlungen über die Zeppelinwerft.

Paris, 27. März. In diesen Tagen werden in Paris Vertreter der Reichsregierung erwartet, die mit der Botschafterkonferenz in Friedrichshafen, um 1. die Frage der Zeppelinwerft in Friedrichshafen, 2. die Frage des Ueberfliegens französischer Flugzeuge über deutsches Gebiet zu erörtern. Diese beiden Angelegenheiten laufen bekanntlich bereits seit vielen Monaten. Die Franzosen stehen im Gegensatz zu den Anschauungen aller übrigen Alliierten und vor allem Amerika weiter auf dem Standpunkt, daß die Zeppelinwerfte zerstört werden sollen. Die deutschen Delegierten werden geltend machen, daß Zeppeline heute ausschließlich für Handelszwecke verwendet werden,

daß in der ganzen Welt starke Nachfrage nach Zeppelinwaren herrsche

und daß infolgedessen die Zerstörung der Luftschiffhalle von Friedrichshafen ein ungeheurer Verlust wäre, der auch in gewissem Maße die deutsche Zahlungsfähigkeit beeinflussen würde und infolgedessen der Durchführung des Dawesplanes Schwierigkeiten bereiten würde. Andererseits dürften die deutschen Delegierten sich im Namen der Reichsregierung bereit erklären, Frankreich das Zugeständnis zu machen, daß ihre Flugzeuge Deutschland wie vor der Ruhrbesetzung überfliegen könnten, wenn die Zeppelinwerft bestehen bleibe. Der ganze Flugverkehr zwischen Paris und dem europäischen Osten wird jetzt über die Schweiz und Oesterreich ausgeführt, da Deutschland das Recht, das ihm der Versailler Vertrag zugesieht, ausnißt, in Deutschland niederliegende französische Flugzeuge zu beschlagnahmen. Mit dieser Maßnahme würde nunmehr gebrochen werden, wenn bei den Besprechungen in den nächsten Tagen ein Einvernehmen in allen Luftschiffverträgen erzielt würde.

Volkswahl des Reichspräsidenten.

„Der Reichspräsident wird vom Volke gewählt.“ Was die Verfassung zugesichert hat: Endlich soll es dem Volke werden. Am 29. März ist der Mann zu wählen, dem für die nächsten sieben Jahre die Führung der Geschicke des Deutschen Volkes anvertraut werden soll.

Der ehemalige Reichsminister des Innern, Oberbürgermeister **Dr. Jarres** ist der einzige Kandidat, der entschlossen ist, in voller Ueberparteilichkeit das Amt des Reichspräsidenten zu führen, denn seine Mitbewerber sind Kandidaten ihrer Parteien. Unser Volk aber braucht an der Spitze des Reiches einen Mann, der sich freigemacht hat aus den Umklammerungen des Parteiwesens und dessen Amtsführung daher von den verschiedensten Parteien, Verbänden und Organisationen gleichermaßen geschätzt und anerkannt wird.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Jarres**, für dessen Wahl wir uns einsehen, ist ein bewährter Beamter, der um seiner **Treue zu Volk und Vaterland** willen, während des Ruhrkampfes in französischen Militärgefängnissen hat schmachten müssen. Mit **au-rechtem Mannesmute** hat er seine Ämter von jeher geführt, durch **unbestechliche Lauterkeit des Charakters** hat Herr **Dr. Jarres** sich das Vertrauen der gesamten Bevölkerung der Industriestadt Duisburg und des Rheinlandes erworben, ein Vertrauen, das sich auch in schwerster Zeit bewährt hat.

So dürfen wir unsern Mitbürgern die Wahl des Herrn Oberbürgermeisters **Dr. Jarres** zum Reichspräsidenten mit gutem Gewissen empfehlen: er ist der Mann, dessen Vergangenheit und dessen Persönlichkeit die Gewähr bietet, daß das von ihm verwaltete Amt des Reichspräsidenten ein Hort der **Volkstreue und Vaterlandsliebe**, daß seine Amtsführung eine Bürgschaft für **Sittenstrenge und Gerechtigkeit**, daß seine Präsidentschaft der Anfang des **nationalen Aufstieges** und der **sittlichen Erneuerung** des deutschen Volkes und Staatslebens wird. Darum:

„Wählt Dr. Jarres!“

Der Reichsblock-Ausschuß für den Bezirk Calw:

Amtsgerichtsrat Hölber, Calw

Gewerbeschulrat Alldinger, Calw;
Kaufmann Buidner, Calw;
Dekonomierat Böhler, Calw;
Fräulein Braun, Lehrerin, Calw;
Oberlehrer Brodbeck, Liebenzell;
Studienrat Burkhardt, Calw;
Baubesitzer Deher, Liebenzell;
Landtagsabgeordneter Dingler, Calw;
Landwirt Joh. G. Dier, Martinsmos;
Konditoreibesitzer E. H., Liebenzell;
Frl. Berta Fechter, Calw;
Verwalter a. D. Fischer, Calw;
Küfermeister Adolf Giedenkath, Calw;
Eisenbahninspektor Haile, Calw;
Landwirt Ulrich Hantelmann, Liebensberg;
Studieninspektor Henke, Calw;
Professor Dr. R. W. Herzog, Liebenzell;

Baubesitzer Paul Höfer, Liebenzell;
Stationsarbeiter Otto Horstmann, Calw;
Drogeriebesitzer Kistowski, Calw;
Kudolf Koch, Liebenzell;
Missionar Köhle, Calw;
Architekt Kohler, Calw;
Landwirt Fr. Kopp, Möllingen;
Julius Kuchle, Calw;
Oberpostinspektor Laible, Calw;
Schlossermeister Lebzelter, Calw;
Sagunseß Röcher, Oberkollwangen;
Landwirt Carl G. Luz, Deckenpfronn;
Balkenmeister Matthäus Maier, Calw;
Gärtnereibesitzer Mast, Calw;
Hauptlehrer Mast, Liebenzell;
Postamtmann Wildeberger, Calw;
Stadtschultheiß Müller, Neudenbach;

Landwirt Hans Dettinger, Calw;
Kaufmann Paulus, Liebenzell;
Bäckermeister Fr. Frommer, Calw;
Kaufmann Häuchle, Calw;
Schuhmachermeister Reichert, Calw;
Rechtsanwalt Rheinwald, Calw;
Landwirt G. Roller, Stammheim;
Studiendirektor Rothweiler, Calw;
Forstmeister Sandmeyer, Hoffstett;
Fabrikant Sannwald, Calw;
Studienrat Schiler, Calw;
Rechnermeister Wih. Schnauser, Calw;
Bäckermeister Herm. Schnürle, Calw;
Landwirt Gustav Schöffler, Ostsheim;
Bäckermeister Joh. Seeger, Calw;
Oberingenieur Sönnedien, Calw;
Missionar Stahl, Calw;

Fabrikmeister Fr. Stähle, Calw;
Kaufmann H. Stroh, Calw;
Landwirt Georg Wodenhuth, Iwerenberg;
Kommerzienrat Wagner, Calw;
Landwirt Ludwig Weib, Gedingen;
Oberförster Wilder, Unterreichenbach;
Maschinenarbeiter Heinrich Widmann, Calw;
Sattlermeister C. G. Widmayer, Calw;
Frau Apotheker Wieland, Calw;
Kaufmann Wochelt, Calw;
Eisenbahninsp. a. D. Wöhlerth, Unterreichenbach;
Privatier Wurster, Unterreichenbach;
Sanitätsrat Dr. Zahn, Calw;
Uhrmachermeister Zahn, Calw;
Oberstleutnant Ziegler, Calw;
Prokurist Zilling, Calw;
Karl Zügel, Calw.

ERNST VOM DRUCK, STUTTGART
63 Eberhardstraße 63

**Prinzeßröcke
bunte Schürzen
Strümpfe**

Schweizer Stickereien

Um Gaben

für bedürftige Erstkommunikanten bittet
Stadtparterre Lebkuch.

Schulbücher Schreib- und Zeichen- Materialien

die in sämtlichen Schulen der Stadt
und des Oberamtsbezirks Calw ein-
geführt sind, halte ich auf Lager und
empfehle mich bei Bedarf bestens

Fr. Häußler
Buch- und Papierhandlung
Calw.



Stacheldrähte - Drahtspanner
in großer Auswahl
Carl Herzog, Eisenhdlg., Lederstr.

4-5 Malergehilfen

finden sofort Beschäftigung bei
Bernh. Groth, Malermeister.
Bad Liebenzell.

**Calwer
Seifenflocken**



Hersteller:
Ch. Schlatterer, Calw.

Reinste Seife
ist nach wie vor das **beste** und **billigste** Waschmittel. In höchster Güte kaufen Sie solche als

Calwer Seifenflocken

mit **85 Prozent Fettgehalt** — **100 Prozent reinste Seife.**

Calwer Seifenflocken sind gleich vorzüglich verwendbar für alle Wäsche.
Für 1 Waschkessel genügt eine Hand voll dieser hochprozentigen Seife.
Nur 50 Gramm in 1 Liter heißem Wasser verrührt, ergibt einen festen schneeweißen Seifenbrel,
mit dem alles eingebürstet, geputzt und gewaschen werden kann.

Überall erhältlich.

Preis für das Paket

45 Pfennig

In Qualität und Ergiebigkeit
anderen teuren Fabrikaten, die
unter kostspieliger Reklame
und Anpreisung im Handel
sind, vollkommen

ebenbürtig

daher für die Wäsche das
Beste und Billigste.

**Schlatterer's
Kernseifen**

Salmiak-Terpentin-Seifenpulver in roter Packung
mit **33 Prozent Seifengehalt** in wesentlich verbesserter Qualität!

Zur Wahl des Reichspräsidenten!

Zum ersten Mal ist das deutsche Volk in seiner Gesamtheit berufen, sich sein **Oberhaupt, den Reichspräsidenten**, in einer allgemeinen, geheimen und direkten Wahl selbst zu wählen, wie es die Verfassung vorschreibt.

Diese Wahl ist von ungeheurer Bedeutung für das ganze deutsche Volk. Der Präsident der deutschen Republik wird auf 7, der Reichstag mit seinen wechselnden Stärkeverhältnissen nur auf 4 Jahre gewählt.

Somit soll der Präsident losgelöst werden von den schwankenden Mehrheitsverhältnissen des Reichstages; er soll ausgestattet werden mit der Autorität einer Volksmehrheit, so daß er unter Umständen auch gegen den Reichstag seinen Willen und seine Politik durchzusetzen vermag.

Er soll über den Parteien stehen und ein Führer des Volkes in seiner Mehrheit sein.

Die Wahlbewegung hat so unglücklich, ja verhängnisvoll wie möglich begonnen. Sie zeigt die ganze jämmerliche Parteizerrüttung, den Parteineid und die kleinlichste Ränkesucht einzelner Parteiführer. Statt sich auf einen Vorschlag zu vereinigen, haben wir jetzt 7 Kandidaten. Die unabweisbare Folge wird sein, daß die Wähler zweimal zur Wahl werden gehen müssen, daß also die Wahlausregung bis Ende April sich steigern und die Kosten für das Reich und für die einzelnen Parteien sich häufen werden. Diese unnötigen Kosten wären viel besser der Aufwertung zugute gekommen.

Alle Parteien tragen an der Zerklüftung Schuld, nur die Deutsch-demokratische Partei war die erste und einzige, die eine gemeinsame Kandidatur aller Parteien anstrebte und empfohlen hat.

Sie wollte einen Mann vorschlagen, der eine große Volksmehrheit auf sich vereinigen könnte, der also kein Vertreter einer extremen Parteirichtung sein dürfte, sie schlug deshalb den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons vor, der ohnehin der Stellvertreter des Reichspräsidenten bis nach erfolgter Wahl wurde. Diese Kandidatur wurde leider von den anderen Parteien abgelehnt.

Die Wirtschaftspartei, der sich die Bayerische Volkspartei und der Reichslandbund anschloß, schlug sodann den Reichswehrminister Dr. Gessler vor. Die Deutsch-demokratische Partei hat sofort dieser Kandidatur zugestimmt, da Dr. Gessler ein aufrechter Mann der Ordnung ist.

Die Deutsche Volkspartei, unter Stresemanns Führung, lehnte auch diese Kandidatur ab mit der Begründung: **Gesslers Wahl könnte im Ausland mißdeutet werden!**

Wir fragen: Soll sich das deutsche Volk mit der Wahl seines Präsidenten nach dem einseitigen Willen des Auslandes richten? Soll das deutsche Volk den Reichswehrminister Dr. Gessler nicht wählen, weil am Ende die Franzosen diesen nationalen, starken, aber ruhigen Mann nicht lieben?

Wir antworten: **Nein!**

Das deutsche Volk hat seine eigenen Interessen zu vertreten und sich nicht nach den Stimmungen des Auslandes in dieser Sache zu richten.

Durch das Vorgehen der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-nationalen Partei wurde die Sammelkandidatur Gesslers zerlegt.

Was verlangt nun das deutsche Volk von dem neuen Reichspräsidenten? Er muß dafür eintreten,

1. daß die Sparer und Kleinrentner endlich einmal zu ihrem Rechte kommen.

In der Aufwertungsfrage haben die Rechtsparteien die deutschen Sparer und Hypothekengläubiger jetzt schon schmächtig hinters Licht geführt. Von den großen Versprechungen bei den letzten Reichstagswahlen haben diese Parteien nichts gehalten.

2. daß das unerträgliche Beamtenpergeseß aufgehoben wird. Durch die Rechtsparteien ist eine weitere Verschleppung verursacht worden. Damit sind aber die Rechte der Beamten völlig unterbunden. Die demokratische Partei hat schon im letzten Reichstag die Aufhebung des Gesetzes gefordert.

3. daß die nationalen Interessen nicht bloß im Munde geführt, sondern zur Tat werden müssen. Was hat die jetzige Reichsregierung in diesen Fragen getan? **Nein nichts!** Geradezu unbegreiflich ist die schlappe Behandlung der **Rölnner Räumungsfrage**. Es ist sogar dazu gekommen, daß durch den **Sicherheitspakt**, den die Reichsregierung angeboten hat, die deutsche Regierung freiwillig auf immer auf **Esch-Lothringen** und das von den Belgiern geraubte Gebiet von **Eupen-Malmedy** verzichten will. Welches Geschrei wäre entstanden, wenn das eine demokratische Regierung gewagt hätte!

4. daß die Schwerindustrie und das Großkapital in Deutschland nicht die unbeschränkste Macht und Gewalt bekommt.

In unangenehmer Erinnerung ist die **700 Millionen-Spende an die Ruhrer Großindustriellen**, zu einer Zeit, da die übrige Deutsche Wirtschaft unter der Kreditnot schwer zu leiden hatte.

Die Deutsch-demokratische Partei hat nun in dem badischen **Staatspräsidenten Dr. Hellpach** einen Mann gefunden, der ein Träger des großen nationalen und liberalen Gedankens unserer Zeit ist und sich für das höchste Amt des deutschen Volkes in hervorragender Weise eignet.

Er stammt aus dem Volk, hält sich zum Volk und ist kein einseitiger Vertreter nur einer Schicht — weder der Schwerindustrie, noch des Großkapitals — **er tritt ein für die berechtigten sozialen Forderungen auch der Unterschichten und der Verarmten;** er ist ein aufrechter, nationaler Mann und überzeugter Anhänger der republikanischen Selbstverwaltung des Volkes, der unter starken Entbehnungen in der Jugendzeit durch unermüdlichen Fleiß seine jetzige Stellung errungen hat. Dabei weiß er als Arzt und als Professor an der Technischen Hochschule seinen Gedanken und seinem Auftreten die Würde zu geben, die für das Staatsoberhaupt eines Landes unentbehrlich ist.

Darum, Wähler und Wählerinnen, auf zur Wahl für das Gesamtwohl des deutschen Volkes!

Wählt den einzigen bürgerlich-demokratischen Kandidaten, den Staatspräsidenten **Prof. Dr. Willy Hellpach!**

Die Deutsche demokratische Partei.

Sportplatz Windhof.
Sonntag, den 29. März 1925
Fußballwettbewerb
um den Aufstieg in Klasse A.
F.-V. Eutingen I. — F.-V. Calw I.
(Meister v. Bez. 3.) (Meister v. Bez. 1.)
Beginn: 3 Uhr.

Heute und morgen
halte ich



Mehel-Suppe

und lade hierzu höflich ein

Wilhelm Braun

Gasthaus z. „Lamm“, Altburg.

Posamenten
Fransen-Schnüre-Quasten
Besätze für
Möbel-Damenkleider-
Lampenschirme Vorhänge
Anfertigung u. Lager
Heinr. Buck Stuttgart
Calwerrstr. 33 Hh. Tel. 23625

Handgeknüpfte Fransen in Schals.

Statt Bohnenkaffee
den billigen

Romfranck
er ist fein
im Geschmack
und sehr ausgiebig

Zum Bohnen- und
Getreidekaffee

Aecht Franck
er verbessert
Geschmack u. Farbe
u. verbilligt das Getränk

Heute und morgen
halte ich



Mehel-Suppe

und lade höflich ein

**Otto Stob z. „Löwen“
Hirsau.**

Straßen-, Sport- u. Gesellschaftskleidung

für Herren
Damen-Kostüme und Mäntel
nach Maß
in solider, eleganter Ausführung.

**Hermann Münz, Maßschneiderei,
Calw :: Postgasse 133.**